



# Bundesverband niedergelassener Fachärzte

Bundesverband niedergelassener Fachärzte e.V.  
Regensburger Straße 109 · 92318 Neumarkt i.d. Opf.

Frau  
Dr. Angela Merkel  
Bundeskanzlerin  
Bundeskanzleramt  
Willy-Brandt-Straße 1

10557 Berlin

Bundesverband  
niedergelassener Fachärzte e.V.

Geschäftsstelle:

Regensburger Straße 109  
92318 Neumarkt i. d. Oberpfalz

Telefon 0 9181 50901100

Fax 0 9181 50901150

info@bvnf.de

www.bvnf.de

2. Dezember 2014

## **Versorgungsstärkungsgesetz**

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

Sie pflegen in den letzten Jahren, brennende Probleme der Bürgerinnen und Bürger zur Chefsache zu machen und durch Ihr persönliches Engagement in gute Bahnen zu lenken.

Die medizinische Versorgung der Bevölkerung hat sich inzwischen unseres Erachtens zu einem solchen Problem entwickelt und bedarf deshalb Ihres besonderen Augenmerks.

Bisher steht der deutsche Staat dafür, dass er die Freiheitsrechte seiner Bürger im besonderen Maß achtet und so ist auch das besondere Vertrauensverhältnis der Bürger zu ihrem Arzt bisher von den Regierenden immer geschützt worden. Auch im Koalitionsvertrag der jetzt regierenden großen Koalition mit dem Titel „Deutschlands Zukunft gestalten“ kommt dies zum Ausdruck. Dort heißt es auf Seite 53 zur Gesundheitspolitik: „Die Freiberuflichkeit der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte, Zahnärztinnen und Zahnärzte und Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten ist unverzichtbares Element für die flächendeckende ambulante Versorgung. Sie ist ein Garant für die Diagnose- und Therapiefreiheit und für die freie Arztwahl.“

Diesem Bekenntnis Ihrer Regierung ist von ärztlicher Seite sicher nichts hinzuzufügen. Die ärztliche Tradition weiß um den Wert der Freiberuflichkeit für eine unabhängige, an den individuellen Bedürfnissen des Patienten orientierte, Behandlung und wird alles daran setzen, das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient zu schützen und die freie Arztwahl für den Patienten zu bewahren.

Umso beunruhigender ist für uns Ärzte der Geist, der in den darauffolgenden Zeilen des Koalitionsvertrages zum Ausdruck kommt und sich auch in den Passagen des bis jetzt bekannt gewordenen Entwurfs des Versorgungsstärkungsgesetzes ausdrückt.

Die einzelnen Punkte dieses Gesetzes – wie zum Beispiel die Einführung von Terminservicestellen bei den kasienärztlichen Vereinigungen wegen angeblich überlanger Wartezeiten, die Öffnung von Krankenhäusern für die

ambulante Behandlung, die Verschärfung der Regelungen zum Aufkauf von Praxissitzen, die weitere Schwächung der Sicherstellung durch die Vergabe von Medizinischen Versorgungszentren an Kommunen und vieles mehr - erscheinen bereits alarmierend, sind aber bei wohlwollender Interpretation und Auslegung sicher im Einzelnen mit großem bürokratischen Aufwand umzusetzen.

Allerdings verschieben alle diese Maßnahmen das Gleichgewicht von einem an Freiheit und Selbstbestimmung geprägten Gesundheitswesen hin zu einem bürokratisch regulierten, staatlich kontrollierten, industrialisierten und unpersönlichen Krankenverwaltungssystem. Die Freiberuflichkeit droht durch die angedachten Maßnahmen durch Medizinkonzerne mit abhängig angestellten Ärzten und substituierenden Hilfskräften ersetzt zu werden.

Für die Bürger und Patienten bedeutet dies, dass sie im Krankheitsfall nicht mehr die gewohnte, gute und individuelle, medizinische Behandlung durch ihren vertrauten Arzt erhalten, sondern nach gerade freien Kapazitäten einem Arzt zugeteilt oder sogar zunächst durch eine medizinische Fachangestellte „triiagiert“ werden, ob überhaupt ein Arztkontakt erfolgen soll.

Wir warnen eindringlich vor einer solchen Entwicklung, die den grauen Zeiten planwirtschaftlicher Versorgung der Bürger zu entstammen scheint. Sie widerspricht nach Ansicht der Ärzteschaft der freiheitlichen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland und sie wird den Bürgern unseres Landes Schaden zufügen.

Deshalb bitten wir Sie, den vom Gesundheitsministerium vorgelegten Gesetzentwurf nicht in das parlamentarische Verfahren gelangen zu lassen und diesen noch einmal im Geiste des oben genannten Bekenntnisses zur Freiberuflichkeit und zur freien Arztwahl der Bürger zu überdenken und zu überarbeiten.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, sprechen Sie ein Machtwort für die Freiheit der Patienten und der Ärzte!

Hochachtungsvoll



Dr. Wolfgang Bärtl  
Vorsitzender



Dr. Dolf Hufnagl  
1. stellv. Vorsitzender



Dr. Dirk M. Potempa  
2. stellv. Vorsitzender



Dr. Gernot Petzold  
Schatzmeister



Dr. Karl Ebertseder  
Schriftführer